

B) Fragestunde

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gut, dann beginnen wir mit der Fragestunde. Auf unserer Sitzungsuhr ist es jetzt 09.20 Uhr. Ich darf nun Frau - ist sie jetzt schon da? Jawohl – Frau Gemeinderätin Be-drana Ribo bitten, die Frage an den Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner zu stellen.

B.1) Reform im Behindertenbereich

Gemeinderätin Ribo, MA:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie! Lieber Herr Stadtrat, lieber Kurt!

In meiner heutigen Frage geht es um die Reform im Behindertenbereich. Es wurde ja mehrfach in den letzten Wochen medial berichtet, dass es da Änderungen geben soll, bzw. dass eine große Reform passieren soll. Auch in der Agenda, also im neuen Regie-rungsübereinkommen von ÖVP/FPÖ, also Agenda 22, werden Verhandlungen mit der Landeregierung bzgl. der Einführung der Sozialraumorientierung in den Behindertenbereich angekündigt. Daher stelle ich an dich folgende Frage:

Gibt es von deiner Seite bereits konkrete Vorstellungen, sowohl inhaltlich als auch zeitlich, zu der von dir angekündigten Einführung der Sozialraumorientierung im Be-hindertenbereich? (Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Ja, sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Danke für die Frage. Ich möchte gar nicht so intensiv über die Namensgebung sprechen, über die Sozialraumorientierung. Wir wissen, dass die sehr stark polarisiert. Fünfzig Prozent der Fachleute bejubeln die Sozialraumorientierung, fünfzig Prozent haben ein größeres Problem mit diesem pädagogischen Konzept. Deshalb möchte ich ab jetzt vom personenzentrierten Begleiten sprechen. Wie du wahrscheinlich weißt, haben wir 2004 ein sehr zukunftssträchtiges BHG beschlossen. Damals wurden erstmals Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung mit einem Rechtsanspruch untermauert. Ja, jetzt hat sich schon sehr stark alles weiterentwickelt und wenn man das BHG anschaut, das 50-mal adaptiert wurde, ist das BHG jetzt ziemlich verkrustet, versäult und unflexibel geworden. In den ersten zwei Monaten meiner Tätigkeit bin ich da auf zwei Thematiken draufgekommen, wo es demnach auch problematisch ist, wenn man das BHG jetzt weiter fortsetzen würden wie bisher. Das ist der Schulbereich, das wirst du auch wissen, da werden die Sonderschullehrer jetzt zurückgefahren, Unterstützungssysteme werden hochgefahren.

Wir haben oft Kinder, die werden von vier Personen begleitet, von zwei Lehrern, von einer Person, die den pflegerischen Hilfsdienst stellt, eine andere Person ist als SchulassistentIn in der Begleitung tätig und die Leute, das Unterstützungspersonal, kommt dann in die Klasse, wenn zum Beispiel das Unterstützungspersonal vermutet, dass das Kind aufs WC muss, also das ist nicht wirklich inklusiv, das ist nicht eine Begleitung durch eine Person oder durch zwei Personen, deswegen glaube ich, dass es wichtig ist, dass das BHG weiterentwickelt wird, dass wir nicht von einzelnen Paragraphen reden, sondern dass wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Ein weiteres Thema ist der Arbeitsmarkt. Wie du weißt, planen wir, das steht auch in der Agenda, Step-bei-Step 2, dass wir Menschen mit einer Leistungsfähigkeit unter 50 % auch am ersten Arbeitsmarkt unterbringen. Der Bürgermeister hat vor rund 10 Jahren ein Projekt erfolgreich umgesetzt, und dieses Projekt können wir nur mit einer Sondergenehmigung der zuständigen Landesrätin umsetzen.

Das heißt, auch hier gehört das BHG weiterentwickelt. Ich habe über mein Vorhaben bereits „mit Selbstbestimmt Leben“ diskutiert, mit dem Behindertenbeirat, da waren ein paar Kolleginnen auch mit dabei. Ich habe mit den Trägern gesprochen. Und eigentlich alle Beteiligten sind sich einig, dass wir mit dem Geld, welches vorhanden ist, eine bessere Unterstützung für Menschen mit Behinderung bieten können. Ich habe auch mit dem Land einige Diskussionen geführt. Wir sind vom Land abhängig, ob sich da was verändert oder nicht. Und weil du mich gefragt hast, wie das weitere Vorgehen ist: Ich hätte vor, im Herbst eine Studienreise zu organisieren nach Deutschland, und zwar nach Nord-Friesland.

Ich habe gestern auch im Zuge „5-Jahre-Antidiskriminierungsstelle“ mit der Doris Kampus, mit der Soziallandesrätin, gesprochen und die hat auch signalisiert, dass sie bereit wäre, dieses Modell in Deutschland anzuschauen und wenn sich da herausstellt, dass man hier Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen erzielen kann, dann würden wir wahrscheinlich mit dem Land gemeinsam in diese Richtung gehen.

(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Ribo, MA:

Ja, danke dir für deine ausführliche Antwort. Ich möchte jetzt auch nicht über die Namensgebung reden und mir ist auch klar, dass es da unterschiedliche Meinungen gibt und ich möchte das jetzt auch nicht bewerten. Also was mir wichtig ist, einfach von dir ein Zugeständnis zu bekommen, dass eben für diese Reform von Anfang an wirklich auch der Behindertenbeirat miteinbezogen wird in der Planung bzw. in der Umsetzung.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Dieses Zugeständnis kann ich da voll und ganz abgeben. Im Behindertenbeirat eben, ein paar Kolleginnen waren dabei, habe ich auch eine Einladung ausgesprochen, dass eine Vertreterin oder ein Vertreter mitfahren kann bei dieser Studienreise und genau dieselbe Einladung habe ich bei „Selbstbestimmt Leben“ ausgesprochen. *(Applaus)*

B.2) Benachteiligung der Stadt Graz beim Finanzausgleich

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Gemeinderat Haßler fragt Herrn Stadtrat Günter Riegler betreffend Finanzausgleich.

Gemeinderat Mag. Haßler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte ZuhörerInnen auf der der Zuschauergalerie! Ein Grazer ist derzeit weniger wert bzw. eine Grazerin als Bürger anderer Landeshauptstädte. Dies widerspricht dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Fairness. Notwendig wäre ein Umschwenken von einem ungerechten und nicht mehr zeitgemäßen System in Richtung echter Aufgabenorientierung.

Das war der Schlusssatz einer Resolution, die wir hier im Gemeinderat im Juni 2016 verabschiedet haben. Und vorausgegangen ist dieser Resolution oder sind dieser drei Infoberichte zum Thema Finanzausgleich im Juni '14, dann im Jänner '15, wo auch einige Gutachten präsentiert wurden und schließlich gipfelte das eben in dieser Resolution im Juni 2016, wo wir als Gemeinderat eben noch einmal das aufgezeigt haben und an den zuständigen Verhandler weitergeleitet haben.

Noch einmal zur Erinnerung an alle, nachdem wir eine neue Periode haben und viele neu im Gemeinderat sind: Bei allen Städten über 50.000 Einwohner bekommt Graz den geringsten Anteil bei den Ertragsanteilen, da sieht man da sehr deutlich, wie stark das abfällt. Und wenn man es mit anderen Städten vergleicht, und ich nehme jetzt nicht Wien her, weil Wien ja eine Sonderstellung hat, nachdem es auch ein Bundesland ist. Aber ich glaube, Innsbruck und Salzburg sind von der Größe her doch sogar kleiner wie Graz und wenn ich es mit diesen Städten vergleiche, bekommen wir pro Jahr 60 Millionen Euro weniger an Ertragsanteilen umgerechnet als diese Städte. Heißt für eine Gemeinderatsperiode von fünf Jahren, wir reden da von einer Summe von 300 Millionen Euro in fünf Jahren.

Und wir alle wissen, welche Wünsche wir in unserer Stadt haben, welche Probleme wir haben und ich glaube, wenn wir diese Dinge einmal lösen könnten, dann wäre in Graz vieles mehr möglich und wir könnten einiges von dem, was wir vorhaben, endlich einmal auch umsetzen. Was ich vermisst habe nach all diesen Infoberichten - und die Verhandlungen sind ja jetzt doch abgeschlossen, soweit ich weiß - war jetzt ein Schlussbericht, wie es jetzt ausgegangen ist.

Also was ich den Medien entnehmen kann, wird sich die Situation für Graz nicht wesentlich verbessern. Ich denke, es wird die gleiche Ungerechtigkeit weiter fortgeschrieben werden und deshalb darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, die Frage richten: **Welche Schritte planen Sie, um die eklatante Benachteiligung der Stadt Graz beim Finanzausgleich endlich zu bereinigen?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Finanzreferent, bitte.

Stadtrat Dr. Riegler:

Ja danke, lieber Herr Haßler. Das gibt mir Gelegenheit, darauf hinzuweisen und da auch das Publikum auf der Tribüne darauf hinzuweisen, dass der Chefverhandler des Finanzausgleichs aus Landessicht daher Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Michael Schickhofer war, der ja auch schlussendlich durch seine Unterschrift kundgetan hat, dass er mit dem Verhandlungsergebnis einverstanden war. Ich habe mit ihm sofort in der ersten Woche nach meinem Dienstantritt einen ersten Termin gemacht. Habe auch mit ihm über dieses Thema gesprochen und auch darüber, dass wir sicherlich noch beraten müssen, und zwar juristisch beraten, wie wir weiter vorgehen, was diese von Ihnen zu Recht angesprochene eklatante Schlechterstellung der Stadt Graz betrifft.

Das Allerwichtigste ist aber, wir tun etwas. Wir gehen seit Wochen zu den zuständigen Bundespolitikern, um uns Termine geben zu lassen, um mit ihnen darüber zu sprechen, dass wir den öffentlichen Personennahverkehr in Graz gefördert bekommen wollen.

Zuletzt war ja, wie ich aus Facebook entnommen habe, der Herr Verkehrsminister Leichtfried von Ihrer Fraktion ja vor dem Rathaus. Allerdings hat er offenbar den Eingang nicht gefunden. Denn, wir hätten sehr gerne, ich stehe beim auf der Telefonliste seit zwei Wochen und bitte ihn ständig darum, einen Termin zu bekommen, damit wir darüber reden können, was wir an öffentlicher Personennahverkehrsfinanzierung in Graz unterbringen wollen. Und wir würden ihm gerne präsentieren, welche Maßnahmen wir da vorhaben und welchen finanziellen Unterstützungsbedarf wir da hätten, um sozusagen die Benachteiligung aus dem Finanzausgleich durch eine Zuschussung des Bundes bei der Nahverkehrsfinanzierung sozusagen auszugleichen.

Leider hat er bisher zwei Termine abgesagt, die stattfinden hätten sollen.

Die Frau Stadträtin Kahr weiß das und wie gesagt, ich warte noch immer auf seinen Anruf, aber er kommt net, kommt net, kommt net. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Kann es noch eine Zusatzfrage geben?

Gemeinderat Mag. Haßler:

Nachdem wir heute eine Schulklasse unter uns haben, würde ich sagen, Ihre Antwort war eine krasse Themenverfehlung. Weil ich habe nach dem Finanzausgleich gefragt und nicht nach irgendwelchen Verhandlungen im Bereich Verkehr. (*Applaus*)

Noch einmal zur Erinnerung:

Nicht nur der Landeshauptmann-Stellvertreter Schickhofer ist am Verhandlungstisch gesessen, sondern viele, viele Verhandler. Unter anderem auch der Bürgermeister der Stadt Graz, soweit ich in Erinnerung habe, im Bereich des Städtebundes im Hintergrund auf jeden Fall.

Gemeinderat Mag. Haßler:

Meine Zusatz... meine...

unverständliche Rufe aus dem Auditorium

Gemeinderat Mag. Haßler:

Naja, wenn wir der Meinung sind, dass die größte Landeshauptstadt, wenn ich Wien als Bundesland hernehme, in Österreich nichts zu reden hat, dann muss man eh was falsch machen, sage ich ganz ehrlich.

Welche Schritte, oder machen wir die Frage jetzt anders. Nachdem ich die Gutachten ja schon angesprochen habe, die wir 2015 vorgelegt bekommen haben und dort ist ja durchaus die Möglichkeit einer Verfassungsklage sehr prominent vertreten worden. Meine konkrete Frage: Planen Sie als Finanzstadtrat, endlich einmal auch Schritte zu setzen und nicht immer nur Termine einzufordern und zu reden und zu reden, sondern auch einmal auf den Tisch zu hauen? Will die Stadt Graz eine Verfassungsklage anstreben?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat.

Stadtrat Dr. Riegler:

Also zunächst möchte ich nur darauf hinweisen, damit auch alle wissen, worum es geht: Das ist die Textausgabe des Finanzausgleichs. Das ist eine sehr komplizierte historische Materie, die eben historisch gewachsen ist, seit nach dem 2. Weltkrieg, und bedarf des beharrlichen Bohrens dicker Bretter. Denn beim Finanzausgleich geht nichts schnell.

Was wir für Sie und für uns und für die Stadt Graz tun können ist, einerseits natürlich zu prüfen, ob eine etwaige Verfassungsklage was bringen würde. Erste Anzeichen, die ich herauslese und aus den Erfahrungen heraus entnehme, sind, dass Verfassungsklagen immer das Allerschlechteste sind. Ich könnte jetzt sofort populistisch schnell eine Zeitungsgeschichte haben und da irgendwie mit Fotos, wo man irgendeinen Brief abschickt. Nur das Verfahren dauert jahrelang und davon haben wir genau gar nichts.

Unsere Strategie ist daher, ganz im Gegenteil, mit dem Bund in Verhandlungen zu treten. Mit dem Außenminister haben wir schon ausführlich darüber gesprochen. Mit dem Verkehrsminister werden wir hoffentlich noch sprechen. Wenn der Herr Ehmann uns hilft, einen Termin beim Herrn Leichtfried zu bekommen.

Das heißt, unser Zugang ist, statt jetzt zu klagen und brachial durch die Wand zu wollen, zu verhandeln über eine vernünftige Verkehrsfinanzierung für die Stadt Graz.

(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich darf nun den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister übergeben.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz.

B.3) Öffentliche Ausschreibung von Aufsichtsratsposten

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und darf Herrn Gemeinderat Swatek herausbitten, der seine Frage an den Herrn Bürgermeister stellen wird.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Zuseher und Zuseherinnen auf der Tribüne! Und sehr geehrter Herr Bürgermeister! In den letzten Wochen geriet die Stadt öfter medial unter Kritik aufgrund der Ausschreibung von Aufsichtsratspositionen. Jetzt ist es auch so, dass die 40%-Quote bei Aufsichtsräten für Frauen wegfällt. In meinen Augen qualifiziert sich aber jeder Grazer und jede Grazerin für eine Aufsichtsratsposition in den Grazer Aufsichtsräten. Derzeit gibt es aber keine Möglichkeit, sich für diese Positionen zu bewerben. Stattdessen werden Aufsichtsratsfunktionen hinter verschlossenen Türen in alter Hinterzimmerpolitik-Manier vergeben. Eine mutige, innovative und vor allem transparente Möglichkeit, dieser Hinterzimmerpolitik entgegenzuwirken, wäre die Einführung einer öffentlichen Ausschreibung inklusive eines öffentlichen Hearings der BewerberInnen.

Ausschreibungen könnten mit einem qualifizierten Qualifikationsprofil erfolgen, an das sich alle Bewerber halten müssen. Eine Reihung dieser BewerberInnen könnte eine externe Personalberatungsfirma machen, damit es auch fair ist und dann nicht wieder Politik oder Freunde oder Familie bevorzugt wird.

Die öffentlichen Hearings könnten im Gemeinderat geschehen. Das heißt, durchgeführt von den Gemeinderäten oder Gemeinderätinnen. So wie es zum Beispiel im US-Senat oder im Europäischen Parlament längst der Fall ist. Dadurch wird in Zukunft auch möglich, dass wirklich die qualifiziertesten Personen diese Aufsichtsratsfunktionen bekommen und nicht einfach wieder etwa Freunderlwirtschaft vergeben wird. Durch dieses Verfahren könnte man in Zukunft die ganze Grazer Zivilgesellschaft einbeziehen und in Zukunft wird dann die Qualität gelten und nicht mehr das Parteibuch oder die Zugehörigkeit in einer Familie. Und daher stelle ich die Frage an Sie, Sehr geehrter Herr Bürgermeister: **Können Sie sich vorstellen, Aufsichtsratsfunktionen in Zukunft mit Hilfe einer öffentlichen Ausschreibung und eines öffentlichen Hearings durch die GemeinderätInnen zu vergeben und so alter Hinterzimmerpolitik und der politischen Postenschacherei ein Ende zu bereiten?**

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Herr Bürgermeister, bitte um die Antwort.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Geschätzter Herr Gemeinderat! Ich weiß nicht, ob im US-Senat und im Europäischen Parlament nur qualifizierte Personen sitzen. Wenn Sie der Meinung sind, dass das eine gute Methode ist, die wäre sicherlich auch hier möglich anzuwenden. Wir haben es aber auch gemeinsam besprochen und wollen es für diese fünf Jahre auch nicht.

Zum Hinterzimmer möchte ich Ihnen nur sagen: Ich finde, dass unser Gemeinderatssitzungssaal ein wunderschöner öffentlicher Raum ist und nachdem die Aufsichtsratsmitglieder weiblichen und männlichen Geschlechts, die wir hier bestimmt haben, in einer öffentlichen Sitzung auch beschlossen werden, denke ich mir, dass Ihre Formulierung schon nicht richtig ist.

Vorbesprochen haben wir es im Übrigen auch nicht im Hinterzimmer, sondern ganz vorne im Bürgermeisteramt und mir passt einfach die Bezeichnung nicht. Wobei das ja etwas weniger hart ausgefallen ist, als es auch in den Medien gesagt haben.

Ich möchte zur Bestellung von Aufsichtsratsfunktionen gerne ein paar Dinge anmerken, weil das war vor allem ein Medium, nämlich die Kleine Zeitung und der hier anwesende Journalist Winter-Pölsler, der sehr kritisch mit dem umgegangen ist, was wir jetzt auch schon beschlossen haben und wozu ich auch zu 100 % stehe.

Es ist ja relativ hart geschrieben worden, dass unsere Fraktionen quasi frauenpolitisch hier keinen guten Schritt getan haben und ich möchte einfach, weil es nicht recherchiert wurde, jetzt damit aufräumen und Ihnen auch sagen, wie wir vorgehen. Es wurde kritisiert, dass wir auch Persönlichkeiten im Aufsichtsrat eine Entschädigung zukommen lassen wollen. Dazu möchte ich gleich einmal anmerken, dass es schon eine lange Diskussion gibt in Europa, wie denn Aufsichtsratsmitglieder, die wirklich in vollster Verantwortung stehen, auch in persönlicher Verantwortung stehen, entschädigt werden sollen, und wenn wir im Monat über hundert oder zweihundert Euro reden. Und diesmal auch sowohl Gemeinderäten als auch Mitgliedern der städtischen Verwaltung die Möglichkeit geben, diese hundert oder zweihundert Euro für diesen verantwortungsvollen Job auch als Entschädigung entgegenzunehmen. Sie müssen es nicht, sie können auch darauf verzichten. Dann halte ich das für mehr als gerechtfertigt, weil das ist eine ganz wichtige Aufgabe.

Und zum Thema Frauenpolitik und Quote möchte ich etwas anmerken, und da einmal sehr deutlich sagen. Weil da spukt es manchmal in Medien herum und wir leben etwas ganz anderes und darauf bin ich letzten Endes auch stolz.

Wir haben, als ich hier begonnen habe im Jahr 2003 als Bürgermeister, eine Quote bei den Abteilungsvorständen gehabt von 12,9 %. Damals waren vier Frauen von 31 Abteilungen. Heute 2016, also nach drei Amtsperioden, haben wir von 28 Abteilungsvorständen bereits acht Frauen, das ist eine Quote von 40 %, nur bei den Abteilungsvorständen.

Und jetzt komme ich zu den Aufsichtsräten. Wir haben beschlossen, in der GDG jetzt umgerechnet eine Quote mit Frauen von 50 %. In der GBG fast 50 %. In der Energieagentur 50 %. In der MCG 50 %. In der Holding 40 %. Im Kindermuseum fast 72 %. In der ITG ist es ein Drittel. In der Theaterholding haben wir ja nur 3 Vertreterinnen, wo auch das Land dabei ist, von Seiten der Stadt ein Drittel. Und im Stadtmuseum 50 %. Wir brauchen keine Quotenregelung, weil wir leben frauenpolitische Verantwortung hier in der Stadt Graz und das will ich einmal ganz, ganz deutlich im Gemeinderat auch kundtun. (*Applaus*)

Und ich habe auch auf Social Media, wie es so schön heute neudeutsch heißt, reagiert und auch der Kleinen Zeitung, und das erlauben Sie mir, geschätzter Herr Journalist, auch mitgeteilt, dass gerade ein Unternehmen, in dem weder in den Geschäftsführungen noch in den Aufsichtsräten, noch in den Redaktionen Frauen wirklich etwas zu sagen haben, möge man im Glashaus sitzen und mit Steinen werfen. Nur das ist unbegründet in dem Fall. Und ich freue mich sehr, dass gestern beschlossen wurde, dass glaube ich im Aufsichtsrat der Kleinen Zeitung statt zwei Männern jetzt endlich einmal auch zwei Frauen nominiert worden sind und ich möchte das deutlich einmal anmerken. Liebe Grüße ans gesamte Haus (*Applaus*).

Schön, dass wir einen Beitrag geleistet haben. So, also wir haben nicht vor, weder künftig hinter verschlossenen Türen noch auf Mindestquoten...

Wir wollen qualifizierte Personen. Wir werden diese Damen und Herren demnächst auch einmal vorstellen der Öffentlichkeit. Es sind qualifizierte Personen und sie werden garantiert einen guten Job machen.

Stadtsenatsmitglieder sind aufgrund ihrer Gage ausgeschlossen von weiteren Entschädigungszahlungen. Ich habe aber auch schon von vielen gehört, denen wir es ermöglicht hätten, eine Entschädigung entgegenzunehmen, dass sie es gar nicht ausnutzen wollen. Also, die ganze Aufregung ist aus meiner Sicht umsonst. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Swatek, BSc:

Ja. Zuerst möchte ich festhalten, dass die Aufsichtsräte natürlich hier beschlossen werden. Wir Gemeinderäte bekommen aber eine fertige Liste. Und bei der letzten Gemeinderatssitzung gab es auch während der Gemeinderatssitzung eine Um-Nominierung, das heißt, wir konnten als Gemeinderäte nicht einmal mehr die Personen googeln. Das ist schon Hinterzimmer-Politik in meinen Augen.

Und dann möchte ich noch festhalten: Wenn man von Kompetenz spricht und im Europäischen Parlament, diesen öffentlichen Hearings, wurde sogar eine Kommissarin abgelehnt, weil sie auf die Fragen der EU-Parlamentarier nicht richtig antworten konnte.

Unverständlicher Zwischenruf

Antwort von GR Swatek, BSc auf Zwischenruf:

Nein, aber es geht ja ums Prinzip der öffentlichen Hearings.

Und deshalb wollte ich Sie fragen, Sie haben also in Zukunft nicht vor, die Zivilgesellschaft mehr einzubinden und öffentliche Ausschreibungen wirklich durchzuführen?

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Bürgermeister, bitte um die Antwort.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Die Kommissarinnen und Kommissare, die auf der Regierungsbank sitzen unterziehen sich auch einem ziemlich großen öffentlichen Hearing, an dem Sie ja auch teilgenommen haben. Und wir haben aber, wie gesagt, für diese Periode beschlossen, dass wir diese Damen und Herren ausgesucht haben, dass wir Sie auch hier im Gemeinderat beschlossen haben und das werden wir auch nicht ändern. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz.

B.4) Zufahrt in die Fußgängerzone Landhausgasse/Schmiedgasse

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke, ich übernehme gerne wieder den Vorsitz und darf Herrn Gemeinderat Harry Pogner bitten, die Frage an Frau Stadträtin Kahr zu stellen.

Gemeinderat Pogner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Frau Stadträtin! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, in meiner Frage geht es darum, um die neue Fußgängerzone, um die neue Fußgängerzone, die hier rund um das Rathaus Landhausgasse/Schmiedgasse gemacht worden ist. Eine tolle Erweiterung unserer Fußgängerzone und eine Belebung für den Fußgängerverkehr. Es sind auch alle Autos, auch die Taxi-Standplätze, aus dieser Zone heraus verbannt worden und die Gastronomie schreitet schon langsam voran und es ist wirklich sehr angenehm, dort schon herumzubummeln.

Allerdings birgt diese Fußgängerzone auch eine kleine „Falle“. Und zwar die Falle ist, wenn man nicht genau schaut, wenn der ankommende Autofahrer Richtung ehemalige Straße in die Schmiedgasse/Landhausgasse einfährt, dann sieht man das rechts stehende Schild für die beginnende Fußgängerzone nämlich genau gar nicht, weil davor immer Mopeds parken bzw. Fahrräder stehen und der ankommende Autofahrer konzentriert sich eher auf den Kreuzungsbereich und sieht eben dieses Schild nicht und fährt dann in diese Zone ein, weil er da freie Parkplätze sieht und stellt dann fest, dass er einerseits einmal geblitzt wird vom Gerät, das dort angebracht ist und andererseits dann, wenn man sich auch abstellt, von unseren Überwachungsorganen auch noch ein Strafmandat bekommt.

Das ist meiner Ansicht nach nicht der zielführende Weg, wie man mit einer Fußgängerzone umzugehen hat und daher stelle ich im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion auch an dich die Frage: „**Bist du bereit, die entsprechenden Maßnahmen anzunordnen, um das betreffende Verkehrsschild für die beginnende Fußgängerzone so anbringen zu lassen, dass ankommende Verkehrsteilnehmer nicht mehr in diese Fußgängerzonen-Falle tappen?**“

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke, vielmals. Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Ich kann das eigentlich sehr knapp machen. Ja, lieber Herr Gemeinderat, sehr gerne. Das ist mir eigentlich unmittelbar, nachdem ich Verkehrsstadträtin geworden bin, selbst aufgefallen, weil ich das einfach beobachtet habe, dass das viele nicht sehen. Mit dem Pkw rein und dann irritiert sind und dann rückwärts fahren und das eigentlich zu sehr komplizierten Situationen kommt.

Das Straßenamt weiß das, die Tafel wird auch höher angebracht. Aber das ist nicht nur das einzige Problem. So toll, wie du richtig sagst, diese Fußgängerzone, die ja ersichtlich für den Fußgänger noch keine wirkliche Fußgängerzone ist. Das ist sie ja erst dann, man merkt ja noch immer, dass die Leute am Gehsteig gehen, viele. Es ist toll, aber sie ist ein bisschen sehr schnell umgesetzt worden und man sieht ja dann danach eigentlich so die, es sind auch einige andere Verbesserungen auch notwendig, auch für Behinderte. Aber ja, die Tafel wird so angebracht, dass künftighin für den Autoverkehr das besser ersichtlich ist, dass es sich hier um eine Fußgängerzone handelt.

(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Zusatzfrage gibt es keine?

Gemeinderat Pogner:

Ja, einmal herzlichen Dank für die angekündigte Umsetzung.

Zusatzfrage wäre noch: Ist auch daran gedacht, dass man zum Beispiel, damit das nicht mehr passieren kann, die Fußgängerzone auch mit Bollern ausstattet, die automatisch hochgehen, damit ab der Ladetätigkeitszeit überhaupt niemand mehr reinfahren kann? Weil sie wird ja auch immer wieder zum Durchfahren benutzt.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Die Boller sind jetzt in der Hinsicht die geringere Sorge für mich. Also es gibt andere Problemstellungen da und da haben wir vor im Straßenamt im September uns zusammensetzen, weil das ist eine ganze Liste, also vom Behindertenbeirat, Geschäftsinhabern, die Taxifahrer. Es sind viele Bereiche, wo es mit dieser Situierung und Möblierung und dem Ganzen, wie das angeordnet ist, Probleme aufgetaucht sind. Wir warten da jetzt den Sommer ab und im September werden wir Schritt für Schritt schauen, wo wir noch Verbesserungen machen können. (*Applaus*)

B.5) Werbelinks unter Bildern auf den Bibliotheks-Webseiten

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin DIⁱⁿ Christine Braunersreuther fragt Herrn Stadtrat Kurt Hohen-sinner über Werbelinks unter Bildern auf den Bibliotheks-Webseiten.

Gemeinderätin DIⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen! Sehr geehrte BesucherInnen! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ja, wir haben ja, das werden alle wissen, eigentlich ein ziemlich tolles Bibliotheksangebot, nicht nur Bibliotheks-, sondern Mediatheksangebot. Ich nutze es selber gerne, und ich weiß es von vielen, gerade auch Schülerinnen und Schülern, die das nutzen, die das auch beigebracht bekommen, wie man dort nicht nur vor Ort nach Büchern sucht, sondern auch online nach Büchern sucht. Das ist ja was, was zunehmend wichtiger wird, dass sich die Leute zuhause hinsetzen und eben Online-Angebote nutzen.

Jetzt ist mir aber bei dieser Nutzung des Online-Angebotes aufgefallen, dass dort, was sehr überraschend für mich war, bei den Bildern, die bei erfolgreicher Suche aufschei-nen, bei Büchern auf buchhandel.de verwiesen wird. Das fand ich schon sehr ko-misch, weil da drunter steht: Jetzt kaufen bei buchhandel.de.

Aber buchhandel.de ist immerhin noch ein nicht kommerzieller Anbieter, die verlin-ken nur auf lokale Anbieter. Bei allen anderen Medien wird auf Amazon verwiesen. Und zwar wirklich mit diesem Hinweis: Jetzt kaufen bei Amazon. Und das ist schon sehr komisch bei einer Bibliothek, wo man sich was ausleihen will, aber mehr als ko-misch, denn Amazon, ich glaube, das wissen alle hier im Saal, ist ein Online-Anbieter, der nicht nur deshalb umstritten ist, weil er bekanntlich lokale Strukturen im Innen-stadtbereich kaputt macht.

Also es gibt in Graz zwar noch einige sehr, sehr schöne und gut funktionierende Buchläden, aber für alle anderen Medien muss man schon sehr lange und intensiv suchen. Und wir wollen ja eigentlich alle die Innenstadtstrukturen aufrechterhalten und lebendig erhalten. Und darüber hinaus ist Amazon halt auch noch verrufen, weil sie keine Steuern zahlen, das mit allen Mitteln umgehen. Und auch im Versandhandel die Mitarbeiter sehr, sehr schlecht bezahlen und behandeln.

Ich habe bei den Bibliotheken selbst erstmal angerufen, bei Frau [REDACTED]. Und die hat gesagt, das Ganze hat urheberrechtliche Gründe. Weil, wenn man diese Bilder draufstellt, darf man das nicht einfach so tun, sonst könnten die Verlage klagen. Das hat mich ehrlich gesagt persönlich verwundert, weil ich komme aus dem Museumsbereich, dort ist es so, was man hat vor Ort, darf man auch auf der Website zeigen. Das ist eine sehr strittige Geschichte. Aber mir geht es vor allem darum, die Bibliotheken sind ein Bildungsangebot und es wurde zwar das Werbeverbot in Schulen aufgehoben, es gibt aber ein Gebot, in Bildungsinstitutionen nicht weiter zu werben. Und deswegen stelle ich an Sie die Frage: **Was werden Sie unternehmen, damit die Bibliotheken der Stadt Graz das Gebot der Werbefreiheit an und in Bildungseinrichtungen nicht weiter umgehen und unter den Bildern direkt zum größten Online-Versandhändler verlinken?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals, Frau Gemeinderätin. Der Herr Stadtrat ist am Wort.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Liebe Christine! Ich verstehe, dass dich diese Links irritieren, haben auch mich irritiert. Der Grund liegt in den Buch- oder Büchercovers, wie du richtig formuliert hast. Es ist uns derzeit nur möglich, diese Covers zu verwenden, wenn wir eine Quelle angeben. Und genau für unsere Bibliothek sind diese Quellen derzeit möglich. Würden wir das nicht angeben, könnten wir urheberrechtliche Probleme bekommen. Eine Alternative wäre, dass wir keine Covers verwenden, aber diese Alternative ist für mich nicht wirklich schlagend.

Du sprichst an, andere Bibliotheken in Österreich, in Deutschland verwenden keine Links genau zu buchhandel.de und Amazon. Wir haben uns das angeschaut, die haben die Covers eingescannt, geben keine Quelle an. Aus unserer Sicht begeben sich diese Bibliotheken wirklich auf rechtliches Glatteis. Und eine urheberrechtliche Klage möchte ich persönlich als zuständiger Referent nicht ausfechten. Aber du fragst mich, was wir tun? Wir haben jetzt unabhängig zu dieser Anfrage jetzt noch einmal eine rechtliche Prüfung in Auftrag gegeben über den Bibliotheksverbund. Und wenn diese juristische Stellungnahme da ist, und die vielleicht uns eine andere Möglichkeit auf tut, dann werden wir schauen, dass wir auch von diesen zwei Links Abstand nehmen können. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin DIⁱⁿ Braunersreuther:

Ja, erstmal vielen Dank für die Antwort. Das ist ja schon sehr positiv. Und auch positiv zu hören, dass nicht nur mich das irritiert mit diesen Links. Die Zusatzfrage wäre eigentlich nur: In welchem Zeitrahmen soll das passieren? Und wie das dann, falls das es doch Probleme gibt, wie das dann weitergehen soll? Sollen dann weiterhin die Amazon-Links darunter bleiben, wenn festgestellt wird, es ist urheberrechtlich sonst problematisch, oder wird man versuchen, Alternativen dafür zu finden?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Also die Alternative ist, wenn diese Prüfung ergibt, dass wir rechtlich aus dem Schneider sind, dass wir das dann wirklich auch so umsetzen ohne diese Quelle. Ich sehe hinten den Herrn Dr. Grabensberger, er ist schon in den Startlöchern, sollten wir da die Möglichkeit bekommen, ist das voll in unserem Interesse, dass wir nicht diese Quellen angeben müssen. Aber wir sind in einem Rechtsstaat und ich glaube auch nicht, dass das in Ihrem Interesse ist, dass wir eine urheberrechtliche Klage vor Gericht ausfechten mit solchen Konzernen.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Meine geschätzten Damen und Herren! Weil wir gerade beim Thema Internet sind, möchte ich auch etwas festhalten. Hier im Gemeinderatssitzungssaal wird sehr oft jetzt gefilmt und fotografiert. Das findet auch mit Mobiltelefonen statt und ich möchte darauf hinweisen, dass wir es in der Geschäftsordnung so geregelt haben, dass, wenn jemand fotografieren möchte, dass ich das vorher auch bekannt gebe.

Weil es hat auch kein Gemeinderat, keine Gemeinderätin und auch wir nicht Lust unter Umständen mit Fotos, wo man sich einmal gerade mit einem Schluck stärkt oder sonst was, sich in den Medien wiederzufinden oder im Internet. Und deswegen bitte ich alle, sich daran auch zu halten, fotografieren, indem man bitte auch vorher die Genehmigung dafür einholt. Das gilt auch fürs Filmen. Wir haben noch keine andere Regelung. Und das ist auch zum Schutz aller Persönlichkeiten, die hier da sind. Also wer fotografieren möchte, vielleicht jetzt noch kurz einmal aus der Sitzung, aber dann bitte auch wieder einstellen.

B.6) Deutschkurse mit Kinderbetreuung

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, jetzt kommen wir zur nächsten Rednerin, Frau Gemeinderätin Manuela Wutte fragt Herrn Stadtrat Hohensinner betreffend Deutschkurse mit Kinderbetreuung.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie! Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt! Meine Frage bezieht sich, wie gesagt, auf das Angebot an Deutschkursen mit Kinderbetreuung in Graz. In der Integrationsstrategie der Stadt Graz wird Sprache als eine von fünf zentralen Säulen für gelingende Integration und gesellschaftliche Teilhabe von MigrantInnen definiert. Vieles ist in Graz im Bereich Spracherwerb auch bereits in die Wege geleitet worden und gelungen. So wurde die Suche nach einem passenden Deutschkursangebot durch die zentrale Anlaufstelle STARTPUNKT DEUTSCH wirklich sehr erleichtert, wie ich in meiner Tätigkeit als Integrationsberaterin tagtäglich feststellen kann.

Insgesamt, denke ich, gibt es in Graz mittlerweile ein umfassendes Deutschkursangebot. Großen Nachholbedarf sehe ich aber beim Angebot von Deutschkursen mit Kinderbetreuung. DANAIDA, der einzige Verein mit einem derartigen Angebot (ausgenommen den kleinen Verein SOMM), führt stets lange Wartelisten für seine Deutschkurse.

Für alleinerziehende Frauen oder für Familien, in denen der Partner selber einen zeitintensiven Deutschkurs besucht, ist DANAIDA somit die einzige Anlaufstelle. Die hohe Nachfrage an Deutschkursen bei DANAIDA ist aber auch auf fehlende Krippenplätze zurückzuführen. In dem Jahr hatte man ohne Erwerbsarbeit de facto keine Chance, einen Krippenplatz zu bekommen. Aus meiner Sicht und aus meiner persönlichen Erfahrung in der Arbeit hindert diese Wartezeit auf einen passenden Deutschkurs die betroffenen Frauen an wichtigen Aspekten gesellschaftlicher Teilhabe.

Deswegen richte ich folgende Frage an Sie: **Welche Maßnahmen planen Sie, um das Angebot an Deutschkursen mit Kinderbetreuung zu verbessern?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Du sprichst da ein ganz wichtiges Anliegen an. Da möchte ich nur korrigieren, was deine Einleitung betrifft. Die Integrationsstrategie hat die erste Säule nicht auf Sprache, sondern auf Sprachen. Weil in unserer Stadt Graz uns die Sprachenvielfalt wichtig ist. Das ist nur eine kleine Korrektur.

Aber du sprichst es richtig an, die Institution STARTPUNKT DEUTSCH, dahinter ist ja der ÖIF, stimmt sich immer ganz genau mit unserem Integrationsreferat ab, welches Angebot wir brauchen. Menschen können dort hingehen, bekommen eine Sprachstandserhebung und auch in weiterer Folge einen passgenauen Kurs. In der Vergangenheit haben wir auch gerade das Angebot, was Frauen betrifft mit Kindern, auch bestmöglichst abgedeckt.

Da gibt es dann auch wirklich oder es muss auch wirklich genau hingeschaut werden, ob Frauen unter Umständen auch am Nachmittag ein Angebot bekommen, wo die Männer dann am Nachmittag auf die Kinder schauen oder es sind alleinstehende Frauen, die brauchen dann wirklich einen Kurs mit Kinderbetreuung.

Wir haben einen Verein, den wir sehr stark fördern, den hast du angesprochen, das ist DANAIDA. SOMM hast du auch angesprochen, der spiegelt eigentlich nicht unsere Qualitätskriterien wieder. Das sage ich auch ganz klar.

DANAIDA hat in den letzten Jahren eine Basisförderung von € 60.000 erhalten. Und wir haben dann immer geschaut, wie der Bedarf ist und im Jahre '15 hat der Verein zusätzlich, weil der Bedarf sich erhöht hat, € 10.000 bekommen, also € 70.000. 2016 hat er zusätzlich € 14.800 bekommen. Das heißt, € 74.800 gesamt.

Und das habe ich dir schon im Ausschuss gesagt, wir haben, Gott sei Dank, danke an den Finanzreferenten, über das Doppelbudget zusätzlich € 400.000 für Sprachfördermaßnahmen bekommen und sollte der Bedarf auftauchen, werden wir schauen, dass wir diesen Bedarf über diese Mittel auch übernehmen. Aber ich möchte dich auch bitten, an deine Parteikollegin dich zu wenden, Frau Stadträtin Wirnsberger fördert ja auch DANAIDA, und vielleicht ist sie auch bereit, wenn ein Bedarf höher ist, aus ihrem Budget den Mehrbedarf mitabzudecken. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke, vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ja, danke für die ausführliche Antwort. Also meines Wissens nach fördert die Tina Wirnsberger also in ihren Plänen DANAIDA eh verstärkt, aber in den Bereichen für die sie zuständig ist, also Beratung für Frauen.

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Wutte, MA:

Genau im Bereich Integration und Bildung ist es ja deine Zuständigkeit und da finde ich es wichtig hinzuschauen, ob es den Bedarf gibt. Ok und die Zusatzfrage, die konkrete: Hast du da jetzt genaue Pläne, wie du dir das noch einmal anschauen möchtest, ob es Mehrbedarf gibt, weil meines Wissens nach gibt es den ja, wie man anhand der Wartelisten der DANAIDA sieht? Also wie möchtest du das konkret angehen, um den Bedarf zu erheben?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Also noch einmal. Und ich glaube du beschreibst das auch in deinem Motivenbericht. Wir schätzen alle die Arbeit vom Integrationsreferat. Und das Integrationsreferat stimmt sich ab mit STARTPUNKT DEUTSCH und mit den Vereinen.

Ich glaube, dass wir dem Integrationsreferat Vertrauen schenken sollten, und wenn der Mehrbedarf gegeben ist, das ist mein Angebot, dann werde ich der Erste sein, der sich mit meiner, also ich werde mich mit der Kollegin Wirnsberger zusammensetzen, und dann schauen wir, dass wir den Mehrbedarf abdecken.

Nur zu dem, was du gesagt hast, für die Sachen, wo Tina Wirnsberger zuständig ist. In der Integrationsstrategie, auf die wir wirklich stolz sind, und es war jetzt einmal der Integrationsausschuss des Städtebundes in Graz und wir haben uns präsentiert und alle Städte haben gesagt, das ist wirklich großartig, was in Graz zum Thema Integration passiert.

Und in dieser Integrationsstrategie ist ganz klar festgehalten, dass Integration eine Querschnittsmaterie ist. Das heißt, wenn es um Frauen geht, und wenn ein Bedarf da ist an Deutschkursen mit Kinderbetreuung, dann ist auch ganz klar Tina Wirnsberger gefordert.

Aber ich glaube, dass wir das gemeinsam hinbekommen. *(Applaus)*

B.7) Fördergerechtigkeit und Infrastrukturkosten im Sport

Bürgermeister Mag. Nagl:

Vielen Dank. Die nächste Frage an den Herrn Stadtrat Hohensinner stellt Herr Gemeinderat und Klubobmann Michael Ehmann.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen, ZuhörerInnen auf der Galerie! Es waren vor kurzem einige Sportfunktionärinnen und -funktionäre bei mir. Wir haben uns ausgetauscht über Fördergerechtigkeit oder zum Thema Fördergerechtigkeit.

Auch zu Infrastrukturprojekten, zu Sportstätten etc. Daher habe ich eine Frage, weil da offensichtlich ein bisschen Irritation besteht, was Preisgestaltungen in einigen Sportstätten untereinander, also innerhalb der Vereine, bestehen dürfte.

Und daher: **Wie beurteilst du als der für den Sport in Graz verantwortliche Stadtrat die Fördergerechtigkeit und die Infrastrukturkosten für die Sportvereine?**

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Als sehr gerecht und treffsicher. Ich möchte es aber jetzt nicht bei dem Satz belassen, sondern ich möchte ein bisschen ausführen und zwar: In die Infrastruktur haben wir einmal die letzten zehn Jahre, gemeinsam mit Land und Bund, 100 Millionen Euro investiert, also wir haben die Infrastruktur richtig auf Vordermann gebracht. Die Vereinsförderung, ich glaube, das weißt du, ist sehr, sehr transparent.

Zwei Drittel des Sportbudgets fließen direkt in die Vereine. Und Gerhard Peinhaupt ist auch heute da, der hat noch vor meiner Zeit als Sportstadtrat Kriterien erarbeitet mit ganz vielen Vereinen, mit dem Behindertensportverband, mit der Sportwissenschaft gemeinsam, Sportmedizin etc.

Und die Kriterien sind fünf an der Zahl. Höchstes Kriterium ist Kinder- und Jugendsport, das Hauptbewertungskriterium. Gefolgt von Leistungssport. Dritter Punkt ist Erfüllung sozialer Aspekte. Viertens Breitensport und fünftens Spitzensport.

Zusätzlich haben wir, und ich glaube, das hast du auch mitbeschlossen mit deiner Fraktion, haben wir im letzten Jahr über Sparbücher eine zusätzliche Mietförderung der Jugendvereine ins Leben gerufen, die ist insgesamt € 300.000 schwer. Ich bedanke mich auch beim Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, der hier unterstützt und mit dieser Förderung können wir 25 % der Jahresmieten der Jugendvereine abdecken.

Und bei mir waren auch sehr, sehr viele Jugendvereine, speziell die sagen, das ist wirklich eine tolle Unterstützung. Und bei den Dachverbänden gibt es auch eine klare Unterstützung, je nach Sanierungs- und Neubauunterstützungsbedarf schüttet das Sportamt Förderungen aus. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Ja, hätte ich und zwar dürfte offensichtlich trotzdem ein Unterschied in der Preisgestaltung, in der Bepreisung gegenüber den Vereinen pro angemieteter Stunde bestehen. Ich kann nur ein Beispiel nennen: Die Merkur, die Eis-Arena, wo offensichtlich Eishockey beispielsweise und Eislaufen einer anderen Preisgestaltung unterliegt, obwohl der Aufwand und Energiebetrieb in etwa der Gleiche ist wie beim Stocksport.

Und daher wäre meine Zusatzfrage, das war jetzt nur beispielhaft, meine Zusatzfrage, ob du bereit bist, im nächsten Sportausschuss dies zu thematisieren, dass man sich das noch einmal ansieht? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Du läufst bei mir offene Türen ein. In Absprache mit dem Eigentümer-Vertreter würde ich vorschlagen, dass wir den Manager der Sportstätten GmbH in den nächsten Sportausschuss einladen.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. (*Applaus*)

B.8) Überprüfung der Qualität der Ausbildung und Fähigkeiten der 24-Stunden-Pflegepersonen

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nächste Frage stellt Herr Gemeinderat Ernest Schwindsackl an Herrn Stadtrat Mag. Robert Krotzer.

Gemeinderat Schwindsackl:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Verehrte Stadtregierung! Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Werte Gäste auf der Galerie mit dem vorgegebenen Blick in die Tiefe! Viele Leute pflegen heute ihr Auto intensiver und liebevoller als ihre Angehörigen, das ist ein Zitat des bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, das aber nicht nur für Bayern gilt. Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer, es ist Ihnen, als der für die Pflege in unserer Stadt zuständige Referent, sicher nicht unbekannt, dass sogenanntes Pflegepersonal, welches über diverse Agenturen nach Österreich und in weiterer Folge dann auch nach Graz kommen, hohe Qualitätsmängel aufweisen und keine entsprechende Ausbildung nachweisen können. Die Ausbildungskriterien werden in den jeweiligen Ländern, meistens in den osteuropäischen Ländern, festgelegt.

Diese Personen haben einen sehr niedrigen Ausbildungsstandard und können und dürfen daher natürlich auch nur einfache, ja man kann ruhig sagen, Hilfsarbeitertätigkeiten, ausüben. Diese beschränken sich dann auf haushaltsnahe Dienstleistungen, auch wichtig, einkaufen, Konserven öffnen, Reinigungsarbeiten, Betreuung von Pflanzen und Tieren, Wäscheversorgung. Ja und wenn möglich, wenn sie der deutschen Sprache mächtig sind, auch eine Konversation führen. Was wichtig, aber aufgrund der Nicht-Qualifikation nicht möglich ist, wären jegliche pflegerischen Tätigkeiten, um die geht es eigentlich, wie die Verabreichung von Medikamenten, Anlegen von Bandagen, Verbänden, auch Insulin-Injektionen. Es besteht daher aufgrund der ständig zunehmenden Beschwerden, die wir als Seniorenvertreter von den zu betreuenden Personen und deren Angehörigen, was die mangelnde Überprüfung der Ausbildung und Fähigkeiten betrifft, größter Handlungsbedarf.

Es ist für unsere ältere und vor allem verdienstvolle Generation unerträglich und auch unzumutbar, durch sinkende oder nicht vorhandene Ausbildung eines Teiles des Betreuungspersonals, natürlich nicht alle, an Lebensqualität und Lebensfreude zu verlieren. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer, die Frage: **Was gedenken Sie zu tun, den Qualitätsmangel in der Ausbildung und den Fähigkeiten der 24-Stunden-Pflegepersonen für die rund 80 % jener in den eigenen vier Wänden betreuten Grazer/innen zu beseitigen bzw. zu verbessern?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Ja, werte Mitglieder des Gemeinderates sowie der Stadtregierung! Liebe Gäste! Weiter Herr Gemeinderat Schwindsack! Wir müssen anfangen oder ich darf anfangen mit einer Begriffsklärung, die glaube ich, wichtig ist in dem Bereich. Wenn wir hier von der 24-Stunden-Betreuung sprechen, ist es wichtig, dass wir auch Betreuung meinen. Es ist auch im Antrag oder in Ihrer Frage formuliert die 24-Stunden-Pflege. Wir müssen aber hier sehr klar auseinanderhalten Betreuung und Pflege.

Das ist sehr richtig, das was Sie ansprechen. Es gibt hier leider viele Missstände.

Es gibt auch Dinge, wo es gefordert ist, dass wir hier Nachbesserungen vornehmen, betrifft nicht zuletzt auch zum Beispiel den Bereich auch von sprachlichen Barrieren, die es insbesondere für ältere Menschen schwierig macht. Oft auch, wenn dann Hörbehinderungen vorliegen, dass die Kommunikation so möglich ist.

Es ist allerdings so, dass die Gewerbeordnung für Personenbetreuer/Personenbetreuerinnen keine Qualifikation vorsieht. Es ist so, dass beim Bundessozialamt für die Inanspruchnahme eines Zuschusses drei Möglichkeiten vorgesehen sind: Dass entweder eine Heimhilfe eine entsprechende Ausbildung nachweisen kann oder dass, wenn diese Ausbildung, dieser Ausbildungsnachweis nicht vorliegt, dass trotzdem der Zuschuss als Vorschuss erhalten werden kann, und dass dann das durch eine diplomierte Gesunden- und Krankenpflegerin im Auftrag des Bundessozialamtes geprüft wird.

Wenn wir hier die Unterscheidung vornehmen zwischen 24-Stunden-Betreuung und der Pflege, ist eben auch wichtig zu betonen, dass es ja in der Betreuung um, wie Sie auch schon gesagt haben, darum geht, Anwesenheit, Sicherheitsbedürfnis, Handreichungen, hauswirtschaftliche Tätigkeiten, dass die im Vordergrund stehen. Und dass, wenn wir von Pflege sprechen, jedenfalls Fachpersonal hinzuzuziehen ist. Das ist auch so, dass für die pflegerischen Handlungen gesetzlich vorgeschriebene Ausbildungen vorliegen müssen und dass das auch natürlich im Interesse der älteren Menschen unbedingt notwendig ist.

Was wir seitens der Stadt Graz sagen können, ist, dass in der Pflegedrehscheibe, insbesondere alleinstehenden älteren Menschen ohne familiäre Begleitung prinzipiell die Organisation einer 24-Stunden-Betreuung durch einen der fünf anerkannten Träger der Hauskrankenpflege in Graz empfohlen wird, weil die eben auch fachlich geeignetes Personal in Kombination auch mit Diplomierten dort hinschicken und dass das auch regelmäßig überprüft und betreut wird. Das ist, glaube ich, etwas sehr Wichtiges, generell im Bereich Pflege. Ist ja gestern auch im Österreichischen Nationalrat durchaus ein Thema gewesen. Damit ist die Debatte aber sicher noch nicht beendet.

Wie vorhin schon gesagt, darf ich Sie und auch alle Mitglieder des Sozialausschusses gerne einladen, im September oder im Oktober, da suchen wir einen Termin, auch die Pflegedrehscheibe zu besuchen, dass wir auch sehen, was es in der Stadt Graz an Leistungen gibt und auch gerne von allen Seiten nehmen wir auf Anregungen zur entsprechenden Verbesserung. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Schwindsackl:

Danke, Herr Stadtrat, und bitte bei diesem Thema dranbleiben und entsprechend um Einbindung möglichst vieler Personen, die sich auch ein bisschen mit der Materie auskennen. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich darf den Vorsitz jetzt übergeben.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz.

B.9) Planungsarbeiten und Baubeschluss Straßenbahnverlängerung Smart City

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich übernehme den Vorsitz und darf Herrn Klubobmann Dreisiebner um seine Frage an den Herrn Bürgermeister bitten.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Sehr geehrte Besucherinnen und Besucher! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Sehr geehrte Stadtregierungsmitglieder! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auch wenn es jetzt in den Ausschüssen Verkehr und Stadt- und Grünraumplanung einen schriftlichen Informationsbericht gegeben hat zu den nächsten Schritten im Bereich der Stadtentwicklung für die Smart City Graz Mitte (Waagner-Biro-Straße), also rund um die Helmut-List-Halle und Science-Tower, so ist es dort doch natürlich der Öffentlichkeit weitestgehend verschlossen, weil es eben ein beschlossener Ausschuss ist und deswegen auch meine Frage, die ich hier einbringen wollte, damit es auch einen gewissen öffentlichen Charakter hat für die Besucherinnen und Besucher, MedienvertreterInnen usw. gibt.

Es ist einiges am Weg bei unseren Stadterweiterungsgebieten Reininghaus, im Allgemeinen Smart City Graz. Es ist in etwa der Wettbewerb für die Grünraumgestaltung des neuen Parks in der Smart City abgeschlossen. Es ist der Wettbewerb abgeschlossen für die Gestaltung des öffentlichen Raumes, also Straßen und Plätze, die sich dort ausprägen sollen. Und dazu braucht man natürlich auch eine Gewissheit in Bezug auf die Führung des öffentlichen Verkehrs, sprich der Straßenbahnlinie 6, der Verlängerung, die eben von der Laudongasse bis zur Peter-Tunner-Gasse erfolgen soll.

Im Stück, das den Gemeinderat im Juli 2015 absolviert hat und der Beschluss gefasst worden ist, die Planung für diese Smart City Linie zu starten, steht drin, dass diese Planung bis Ende des Jahres 2017 erfolgen soll, das heißt, dann wären Baubeschluss inkl. der Durchführung der eisenbahn- und straßenrechtlichen Verfahren der erforderlichen Bauleistungsausschreibungen EU-weit wahrscheinlich usw. möglich.

Und ich darf Sie in diesem Zusammenhang, Herr Bürgermeister, gerade weil das Budget nichts definitiv für diese Straßenbahnverlängerung, aber auch für Freiraum, öffentlicher Raum, Grünraum, etc. Gestaltungs-/Planungsgelder vorsieht, in Bezug auf die Straßenbahn fragen: **Bis wann werden Sie dem Ausschuss für Verkehr und dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung über den Fortschritt der Planungsarbeiten der Baudirektion und der Holding Graz Linien zur Straßenbahnverlängerung Smart City Graz Mitte (Waagner-Biro-Straße) informieren und im Anschluss dem Gemeinderat einen entsprechenden Baubeschluss zur Entscheidung vorlegen?**

(Applaus)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Bürgermeister, bitte um die Antwort.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, danke vielmals für die Frage. Es gibt ja momentan großes Verwirrspiel. Wer ist überhaupt zuständig? Wer wird es finanzieren? Um welche Linien geht es? Deswegen freue ich mich über die, aber auch die nächste Frage. Zum Thema Straßenbahnverlängerung Smart City Graz Mitte darf ich sagen, dass die Planungsarbeiten jetzt für die eisenbahnrechtliche Einreichung für die Straßenbahnanbindung sich derzeit in der finalen Phase befinden. Wir sind da im Zeitplan. Derzeit laufen noch Gespräche zwischen dem Stadtplanungsamt, der Stadtbaudirektion und den Grundeigentümern, die eine weitere Optimierung der Trassenführung in einzelnen Streckenabschnitten noch möglich machen könnte.

Wir wollen dort keinen Schwenk drinnen haben, sondern auch möglichst geradeaus fahren. Schaut ganz gut aus. Abhängig von den Ergebnissen dieser Gespräche erfolgt dann die Einreichung bei der zuständigen Behörde, dem Land Steiermark, voraussichtlich im September und Oktober diesen Jahres und dann werde ich als zuständiger Stadtsenatsreferent den Ausschuss für Stadt- und Grünraum- und Verkehrsplanung darüber informieren. Und hinsichtlich der Befassung des Gemeinderates mit dem entsprechenden Baubeschluss sind im Vorfeld natürlich die Fragen der Finanzierung zu klären, das kann ich jetzt noch nicht vorwegnehmen, aber wir sind jetzt auf einem sehr guten Weg, so wie geplant. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ja, die gibt es. Mit einem gewissen Amüsement, aber auch mit einem Schuss Verzweiflung. Nachdem ich schon länger da bin, höre ich zum Beispiel, Sie wollen da geradeaus fahren, im Sinne der Ablösung von Privatgrundstücken usw., das heißt, damit keine Verschwenkungen etc. passieren müssen. Das halte ich technisch für den Baubetrieb dann sehr gescheit, natürlich, aber Sie haben die Zuständigkeit angesprochen. Sie haben diese Zuständigkeit jetzt offiziell übernommen. Ich glaube am 14. Juni im Rahmen einer Pressekonferenz zum Budget. Sie haben in derselben, und das ist ja dieses Geradeaus-Fahren-Thema, in derselben Zeile quasi oder nur in Ihrer Wortmeldung eben auch gesagt, dass die südwestliche, die Linie 8 samt der Innenstadtentflechtungsstrecke aus verkehrlichen und technischen Gründen nicht mehr möglich ist.

Auch damals 2015 wurden schon die Planungsmittel für diese Linie 6, Verlängerung nach Waagner-Biro-Straße, also in die Smart City, aus den schon beschlossenen Planungsmitteln für die Südwestlinie entnommen. Das heißt, wenn ich das jetzt interpretiere, wir haben im Budget keinen festen Posten dafür, nicht einmal ein Drittel des Gesamten, wenn man dementsprechend sagt, mit Land und Bund da weiter zu verhandeln. Aber, wenn das alles bautechnisch klappt und die Finanzierung, Co-Finanzierung oder was auch immer dann daherkommt, dann könnten wir das nächste Jahr in den Baubeginn schicken, wenn ich das alles richtig verstanden habe, oder habe ich Sie missverstanden und ersuche um Aufklärung, Herr Bürgermeister. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Bürgermeister, bitte um die Antwort.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, gerne. Also ich bin gerne für einen geradlinigen Kurs. Erlebt man zurzeit auch auf Bundesebene nicht in allen Parteien. Und gibt es viele Schlenkerer und Wechsel und ich weiß nicht was alles. Ich bin für einen geradlinigen Kurs, auch in der Verkehrspolitik, und ich darf ja jetzt schon das zwanzigste Jahr in der Regierung Verantwortung tragen. Sowohl als Finanzreferent als auch als Bürgermeister haben wir viele Nahverkehrsknoten, viele Unterführungen und auch viele Straßenbahnverlängerungen zustande gebracht. Wir haben einen Kurswechsel im Budget, darüber werden wir ja heute auch noch sprechen.

Wir haben gesagt, bevor Projekte nicht tatsächlich so vorliegen, dass wir sie auch in die Bauphase schicken können, möchten wir die Gelder nicht dauernd ins Budget einstellen. Sehr wohl gibt es bei uns ein großes Volumen, wir haben ja auch heute ein großes Gesamtvolumen. Es kommt immer wieder zu Verschiebungen und ich denke, dass das eine der Straßenbahnverlängerungen sein wird. Diese wir als Erstes in dieser Periode dann auch tatsächlich beauftragen werden. Ganz, ganz wichtig auch, die Verkehrsreferentin ist für die Linienführungen zuständig.

Sobald die Baudirektion dann in die Großprojekte einsteigt, überprüfen wir diese, ob sie auch eisenbahnrechtlich genehmigungsfähig sind. Wir werden gleich darüber sprechen bei den anderen Linien. Es wissen alle, dass sowohl Smart City als auch Reininghaus genau die Projekte sind, die mir als zuständiger Referent für Stadtentwicklung und Stadtplanung besonders wichtig sind. Und ich habe eh schon laut gesagt, ich übernehme die Verantwortung dafür, dass wir das auch zustande bringen. Sehr wohl wir aber jetzt auch einmal Land und Bund sehr deutlich aufgefordert haben, dabei zu sein.

Die Gespräche mit dem Land hoffentlich werden noch bis zum Herbst auch stattfinden. Die Bundesgespräche werden wir uns wahrscheinlich ein bisschen noch aufheben müssen, bis wieder eine Regierung steht, aber zumindest waren die Erstgespräche, die wir geführt haben, oder die Signale, die wir bekommen haben, durchaus schon ganz gut. Es ist nicht zu einem Termin gekommen mit dem Verkehrsminister, er hatte allerdings Zeit für die Demonstration proBim vor dem Rathaus. Ich hätte mir gewünscht, er wäre ins Rathaus gekommen und wir hätten gleich Nägel mit Köpfen gemacht. Ich habe es erst im Nachhinein erfahren, dass er bei der kleinen Runde mit dabei war. Es wäre schön gewesen, wenn er auch gleich vielleicht hereingekommen wäre. Wir hätten gleich gerne Verhandlungen führen können, wir hätten alles...

Zwischenruf GR Robosch: Sie waren eingeladen.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, aber bei proBim... Entschuldigung... ein Minister wäre halt vielleicht ganz gut, wenn er zu uns käme. Wir wären und sind sofort gesprächsbereit, wenn da wirklich jemand mit der großen Geldtasche auch kommt und uns mithilft. Ich hoffe, dass das einmal passieren wird.

Wir haben zumindest mit dem Finanzminister gesprochen und er hat grob eine Idee einmal auch gehabt, weil es mittlerweile in Wien auch schon allen klar ist, dass ein Endverbraucher, der den öffentlichen Verkehr benutzt, auch wirklich bis zu seinem Zielpunkt kommen will und dass nicht einfach nur Menschen hereingefahren werden mit Zügen, die wir dann aufgrund von Finanzmängeln nicht mehr weiter befördern können. Und ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Meine Damen und Herren! Es ist auf unserer Uhr 10.20 Uhr. Damit ist die Fragestunde zu Ende und ich darf den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister übergeben.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, danke vielmals. Jetzt war ich doch zu lang. Komme ich nicht zur 8., zur Südwestlinie, aber das können wir ja das nächste Mal auch wieder besprechen.